



Niederschrift

02. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Kultur und öffentliche Ordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2024 - 2029

Sitzungstermin: Montag, 07.10.2024
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:38 Uhr
Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzende-

Frau Dr. Anja Jürgen

Mitglieder-

Herr Matthias Grunert

Vertreter für Herrn Buchner

Herr Manuel Hurtig

Herr Jens-Michael Knaak

Herr Bert Lindner

Herr Tobias Mehrländer

Frau Nadine Walbrach

Herr Martin Zeiler

Sachkundige Einwohner-

Frau Christiane Bankert

Herr Frank Berger

Frau Heike Brumm

Frau Daniela Funke

Herr Andreas Herold

Herr Hartmut F. Reck

ab 18:34 Uhr

Frau Karin Röhl

Frau Ina-Christin Wilke

Verwaltung-

Herr Hubert Dalbock

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Schriftführerin-

Frau Carola Pöttschke

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Hans Buchner

I.ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2024
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Antrag: Verlegung des Wochenmarktes vom Marktplatz auf den Boulevard Höhe Volksbühne - Fraktion GfL
A-8006/2024
- 5.2. Antrag: Aufhebung der Parkverbotszonen an der Straße des Friedens von der Ludwig-Jahn-Straße bis zum Waldfriedhof - Fraktion GfL
A-8007/2024
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern
7. Informationen der Verwaltung
- 7.1. Informationen zur Hundehalterverordnung
8. Informationen der Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

9. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2024
10. Feststellung der Tagesordnung
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern
12. Informationen der Verwaltung
13. Informationen der Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Frau Dr. Jürgen eröffnet die 2. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Kultur und öffentliche Ordnung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind acht Mitglieder anwesend.

Frau Dr. Jürgen verpflichtet die sachkundigen Einwohner mit den Worten:

Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als sachkundige Einwohner und sachkundige Einwohnerinnen des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Kultur und öffentliche Ordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Brandenburg und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Luckenwalde zu erfüllen.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragt, wieviel es kostet, eine Bushaltestelle zu einer behindertengerechten umzubauen. Er habe auf seine Fragen widersprüchliche Antworten von der Verwaltung bekommen. Des Weiteren habe er Fragen zu Behindertenparkplätzen, Bodenbelegen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, zu Friedhöfen und Trauerhallen, die nicht barrierefrei seien.

Frau Herzog-von der Heide bittet darum, diese Fragen in dem zuständigen Ausschuss für Bau- und Stadtentwicklung, Umweltschutz und Verkehr zu stellen. In diesem Ausschuss sei ein Verkehrsentwicklungsplan erstellt worden, der im Hinblick vorrangig Rollstuhlfahrer und Fußgänger bediene.

Herr Reck erscheint zur Sitzung.

Weiterhin möchte der **Einwohner** wissen, wie die Verwaltung zu einem Plan einer barrierefreien Stadt stehe und wie umgesetzt werde, dass Menschen mit Behinderung gleichgestellt werden. Dazu fragt er nach behindertengerechten Spielplätzen und in der Bibliothek vorhandenen Medien in leichter Sprache. Des Weiteren wäre eine Bestandsaufnahme der in Luckenwalde bestehenden barrierefreien Praxen, zu befürworten.

Frau Herzog-von der Heide benennt den Spielplatz am MehrGenerationenHaus, der als behindertengerecht in Auftrag gegeben sei und weist auf spezielle Medien für lesebehinderte Menschen in der Bibliothek hin.

Frau Dr. Jürgen erklärt, dass es ein besserer Weg sei, diese Fragen mit dem Behindertenbeauftragten zu besprechen. Dieser stehe in enger Verbindung mit der Verwaltung. So könnten die Fragen konkretisiert und nach und nach abgearbeitet werden.

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2024

Frau Walbrach erhebt Einwand gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2024. Teile der Ausführungen Ihrerseits fehlen und sie bittet um Nachbesserung.

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

Ja 2 Nein 6 Enthaltung 0
Zustimmung nicht empfohlen

TOP 5.2. **Antrag: Aufhebung der Parkverbotszonen an der** **A-8007/2024**
Straße des Friedens von der Ludwig-Jahn-Straße bis
zum Waldfriedhof - Fraktion GfL

Herr Hurtig erklärt zusammenfassend den Antrag, dass für die Besucher, die Gäste und die Anwohner zu einem Fußballspiel genügend Parkplätze zur Verfügung stehen sollen. Deshalb sollen Parkverbotszonen aufgehoben werden.

Frau Herzog-von der Heide erläutert, dass, laut §12 Abs. 4 StVO das Parken nur am rechten Fahrbahnrand auf der Fahrbahn oder auf einem daneben angelegten ausreichend befestigten Parkstreifen zulässig ist. Eine Versickerungsmulde, wie in der Straße des Friedens, ist aber kein Parkstreifen im Sinne des Gesetzes. Demzufolge begeht jeder, der sein Auto ganz oder teilweise in der Versickerungsmulde abstellt einen Parkverstoß. Eine Versickerungsmulde ist eine flache, mit Gras bewachsene Vertiefung, in die das Wasser zur Versickerung eingeleitet wird. Durch die Vegetation werden eine Befestigung des Bodens und eine Aufrechterhaltung der Durchlässigkeit (Durchwurzelung) gewährleistet. Die Wirksamkeit der Mulden hängt jedoch von ihrer dauerhaften Versickerungsfähigkeit ab. Das Befahren mit und Abstellen von PKWs führt jedoch zu einer Verdichtung des Bodens, die wiederum die Versickerungsfähigkeit schwächt.

Mit der Aufstellung der Beschilderung sollte mit der „Macht der Gewohnheit“ gebrochen und klargestellt werden, dass das Parken in der Versickerungsmulde unzulässig ist. Entfernt man die Schilder, dann bleibt das Parken dennoch weiterhin – aufgrund der gesetzlichen Regelung in der StVO - verboten.

Auch ein Stadtverordnetenbeschluss kann die StVO nicht außer Kraft setzen.

Im Übrigen gehören die Beantragung verkehrsrechtlicher Anordnungen zu den Geschäften der laufenden Verwaltung, für die der Bürgermeister und seine Verwaltung zuständig sind. Den Beschluss über einen Verkehrsentwicklungsplan als Handlungsgrundlage für die Verwaltung muss hingegen die Stadtverordnetenversammlung fassen. Die Zuständigkeit ergibt sich aus § 28 Abs. 2 Nr. 25 Kommunalverfassung („Der Gemeindevertretung ist die Entscheidung vorbehalten über alle Angelegenheiten, die der Gemeindevertretung durch Rechtsvorschrift zugewiesen sind“) in Verbindung mit § 1 Absatz 6 Nummer 11 Baugesetzbuch. Der Verkehrsentwicklungsplan ist eine informelle Planung, die von der Stadtverordnetenversammlung als städtebauliches Konzept nach der vorgenannten Norm beschlossen wird.

Herr Grunert erachtet den vorgebrachten Antrag teilweise als unzulässig und schlägt vor, bei der Wohnungsbaugenossenschaft nachzufragen, ob sie ihre Grünflächen in diesem Areal zu den Spielen für Parkplätze zur Verfügung stellen könnten. Somit könnte die Wohnungsbaugenossenschaft eventuell auch noch einen kleinen Obolus kassieren.

Herr Knaak äußert, dass er es befürworten würde, mehr Parkplätze zu schaffen und eventuell ein Parkleitsystem zu erstellen.

Frau Walbrach erwidert, dass es ein Parkleitsystem gebe, jedoch ein großes Banner oder ein Werbeschild aufzustellen, eine Idee sei. In der Brandenburger Straße z. B. ums Eck befinden sich Parkplätze, die auch zu den Spielen frei seien.

Frau Herzog-von der Heide führt aus, dass die Stadt mit dem Verein in enger Zusammenarbeit stehe und die Vereine den Besuchern und Fans die Parkplatzmöglichkeiten mitteilen. Des Weiteren käme in Betracht, die Friesenstraße für Parkplätze auszubauen, wofür allerdings auch große Kosten entstehen werden.

Herr Grunert gibt weiterhin zu bedenken, dass der Antrag zu einer Warnstellung führen würde und bittet, den Wortlaut zur Beschlussvorlage unter „Strich eins“ zu ändern.

Herr Knaak schlägt vor, dass im Antragstext: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: – Die Aufhebung der Parkverbotszonen an der Straße des Friedens von der Ludwig-Jahn-Straße bis zum Waldfriedhof.“

ersetzt werden soll durch:

„– Die Prüfung zur Aufhebung der Parkverbotszonen an der Straße des Friedens von der Ludwig-Jahn-Straße bis zum Waldfriedhof und falls nötig, bauliche Maßnahmen zu veranlassen.“

Frau Dr. Jürgen lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- Die Prüfung zur Aufhebung der Parkverbotszonen an der Straße des Friedens von der Ludwig-Jahn-Straße bis zum Waldfriedhof und falls nötig, bauliche Maßnahmen zu veranlassen
- Die Stadtverwaltung prüft, welche Flächen in direkter Nähe zum Stadion zu Parkplätzen umgenutzt werden oder erweitert werden können.

Ja 2 Nein 6 Enthaltung 0

Zustimmung nicht empfohlen

TOP 6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

TOP 6.1. Digitale Teilhabe an den Sitzungen

Herr Zeiler möchte wissen, ob eine digitale Teilhabe zu den Sitzungen technisch zum jetzigen Zeitpunkt möglich sei.

Frau Herzog-von der Heide verneint dies und erklärt, dass bei der Sanierung des Rathauses Technik vorgerüstet wurde, die entsprechende Technik allerdings noch dazu gekauft werden müsse.

Frau Dr. Jürgen fragt, ob Einwohner dann Fragen von außerhalb über Livestream stellen können.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass dies auch in Zukunft nicht möglich sein werde. Es sei dann nur möglich, die Sitzungen zu verfolgen.

TOP 6.2. Turmfest

Frau Walbrach berichtet, dass sie im letzten Treffen der Turmfest-AG mit Herrn Gruschwitz verabredet hatten, in jedem GSKÖ-Ausschuss einen aktuellen Stand zu erfahren und möchte wissen, warum das heute nicht passiert. Auch die Anfragen von Herrn Mehrländer wurden zwischenzeitlich noch nicht beantwortet. Sie fragt, wie mit Anfragen von Bürgern umgegangen werde.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, dass ihr nicht bekannt sei, dass das Thema Turmfest zum Dauerthema gemacht werden sollte. Des Weiteren werden Anfragen in aller Regel beantwortet, entweder persönlich oder schriftlich. Selten lassen sich auch nicht alle Fragen sofort beantworten. Wenn z. B. eine Planung beantragt sei, der Kostenplan aber noch nicht vorliege, kann die Beantwortung einige Monate dauern.

Frau Walbrach bittet darum, dass im nächsten GSKÖ-Ausschuss Informationen zum Stand Turmfest vorbereitet werden, da in der Sitzung Turmfest-AG sehr gute Ideen entstanden seien.

Frau Herzog-von der Heide berichtet, dass Herr Gruschwitz in der letzten Stadtverordnetenversammlung den Stand, was sei umsetzbar aus dem Vorschlagskatalog der Turmfest-AG, preisgegeben habe. Bestimmte Posten müssen noch durchkalkuliert werden.

Herr Grunert weist auf das nächste Treffen der Turmfest-AG am 06.11.2024 hin.

TOP 6.3. Weihnachtsmarkt

Herr Mehrländer möchte wissen, ob es einen Kenntnisstand gebe, ob der Märchenweihnachtsmarkt um die Johanniskirche und den Marktturm wieder aufgestellt werde.

Dieses steht im Gespräch, erklärt **Frau Herzog-von der Heide**, sie kann aber das Ergebnis noch nicht mitteilen.

TOP 6.4. Fußballplatz Kita Burg

Frau Dr. Jürgen fragt, ob der abgeschlossene Fußballplatz an der Kita Burg öffentlich zugänglich gemacht werden könnte. Kinder gefährden sich beim Überklettern des Zauns um auf dem Platz zu spielen.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass der Fußballplatz vor einiger Zeit frei zugänglich war, es dort aber zu Zerstörungen und Verschmutzungen kam. Deshalb habe man sich dazu entschlossen, diesen Platz wieder abzuschließen.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

TOP 7.1. Informationen zur Hundehalterverordnung

Herr Dalbock stellt die Präsentation (siehe Anlage 2) vor.

Herr Grunert erkundigt sich, ob und wie Hundehalter auf der Straße geprüft werden, ob die Hunde registriert seien.

Herr Dalbock erläutert, dass die Möglichkeit bestehe, dass der Außendienst beim Innendienst nachfragen kann, ob der Hund gemeldet sei. Auch ein Auslesegerät für das Mikrochip-Implantat sei vorhanden.

Frau Walbrach fragt nach, ob die neue Hundesteuerverordnung finanzielle Auswirkungen für die Verwaltung habe und ob die Hundesteuerverordnung noch bekannt gemacht werde.

Herr Dalbock erklärt, dass es zu keinen großen Veränderungen in der Anzahl der Hunde in der Stadt Luckenwalde, somit auch zu keiner finanziellen Auswirkung kommen werde. Die neue Verordnung werde nicht in der Zeitung bekannt gegeben, sondern die Verwaltung werde die betroffenen Hundehalter anschreiben.

TOP 8. Informationen der Ausschussvorsitzenden

- Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 18.11.2024 statt.
- Die Nichtöffentlichkeit wird um 20:37 Uhr hergestellt.

Dr. Anja Jürgen
Vorsitzende

Carola Pötzschke
Schriftführerin

13.10 24 31 04